

Resolution der Funktionärskonferenz der IG Metall Verwaltungsstelle Gera vom 02. Juli 2003



Nach 4 Wochen Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) ist es auch in den Tarifverhandlungen vom 27.06.2003 nicht gelungen einen Kompromiss über die schrittweise Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit an das West-Niveau durchzusetzen.

Der Stufenplan zur schrittweisen Einführung der 35-Stundenwoche in der ostdeutschen Stahlindustrie ist ein wichtiger Erfolg für die IG Metall und die streikenden StahlarbeiterInnen. Es ist allerdings nicht gelungen, auf der Basis dieses Tarifabschlusses eine Signalwirkung für einen möglichen Kompromiss in der Metall- und Elektroindustrie zu erzielen.

In zahlreichen Haustarifverträgen in der sächsischen Metallindustrie konnte ebenfalls die schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche vereinbart werden. Dies waren einerseits wichtige Teilerfolge, andererseits schwächten sie die Durchsetzungsbasis der IG Metall in Sachsen für den Flächentarifvertrag.

Die verbliebene Kampfkraft, insbesondere auch unter Berücksichtigung unserer eigenen Schwäche im TG Thüringen, sowie die mangelnde Solidarität unserer Kolleginnen und Kollegen im Westen reichte dann nicht mehr aus, die harte Blockadehaltung der Arbeitgeber zu durchbrechen.

Damit musste nach fast 50 Jahren ein Arbeitskampf erfolglos abgebrochen werden. Dies ist eine bittere Niederlage für die IG Metall.

Trotz dieser Niederlage danken wir ausdrücklich den streikenden Metallerinnen und Metallern in Sachsen, Brandenburg und Ost-Berlin für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft persönlich an vorderster Stelle die Angleichung West/Ost umzusetzen.

Ebenso bedanken wir uns bei den ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus den westlichen Bundesländern, die vor Ort in den Streikbetrieben solidarische Unterstützung geleistet haben.

Die Boykottstrategie der Arbeitgeber und ihrer politischen Helfershelfer hat letztlich dazu geführt, die notwendige wirtschaftliche, gesellschaftliche Angleichung (Ost - West) in Deutschland zunächst zu stoppen.

Verlauf und Konsequenzen dieser Tarifaueinandersetzung müssen innerhalb der IG Metall kritisch aufgearbeitet werden. Wir halten es jedoch für völlig abwegig, in der jetzigen Situation personelle Konsequenzen zu fordern, bevor eine inhaltliche Aufarbeitung erfolgt ist.

Wir distanzieren uns deshalb von den öffentlichen Aufrufen einiger, vorrangig hauptamtlicher IG Metall-Funktionäre, gegen den Kollegen Jürgen Peters und Hasso Düvel und fordern auf, diese zu unterlassen.

Wir, die Funktionäre der IG Metall Verwaltungsstelle Gera fordern Jürgen Peters auf, sich den Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Metall im Oktober als Kandidat zur Verfügung zu stellen. Nur so haben die gewählten Delegierten aus allen Verwaltungsstellen der IG Metall die Möglichkeit in einer demokratischen und geheimen Wahl die anstehende Personalentscheidung zu treffen.